

## BGE 3 I 37

Bundesgericht (BGE), 1877-01-01, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_3\\_I\\_37](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_3_I_37)

FR: ATF 3 I 37

IT: DTF 3 I 37

### Volltext

7. Urtheil vom 3 Februar 1877 in Sachen Ochsner. A. Auf Begehren der Genossenschaft Euthal, welche behauptete, eine Forderung von 2000 Fr. an den Rekurrenten zu haben, wies das Vermittleramt Einsiedeln, nachdem der unterm 17. März 1876 abgehaltene Vermittlungsvorstand erfolglos geblieben war, die Streitfrage: "ob der Beklagte schuldig sei, der Klägerschaft 2000 Fr. als schuld und zahlbar anzuerkennen?" zur Beurtheilung an das Bezirksgericht Einsiedeln und stellte zu diesem Zwecke der Genossenschaft Euthal den vom 3. April 1876 datirten Weisungsschein zu. Letztere versuchte vorerst auf dem Wege des Rechtstribes Zahlung zu erlangen; allein Rekurrent wirkte gegen den Pfandschein vom 10. April 1876 Rechtsvorschlag aus, worauf die Klägerschaft spätestens unterm 22. Juni v. J. den Weisungsschein dem Bezirksgerichtspräsidium Einsiedeln einreichte, in dem diese Vehörde am 22. Juni 1876 beide Parteien auf den 28. gl. Mts. vor Bezirksgericht Einsiedeln zur gerichtlichen Verhandlung obiger Streitfrage citirte. Rekurrent, welcher inzwischen, nämlich unterm 20. April 1876, die Niederlassung in Waldkirch, Kanton St. Gallen, erworben hatte, lehnte jedoch telegraphisch den schwyzerischen Gerichtsstand ab, "weil der Weisungsschein abgelaufen sei", und leistete auch der Vorladung keine Folge. Die Klägerschaft verlangte daher am 28. Juni beim Bezirksgerichte Einsiedeln, daß der Beklagte auf eine nächste Tagfahrt peremptorisch vorgeladen werde und das Bezirksgericht entsprach diesem Begehren mittelst Schlußnahme vom gleichen Tage, gestützt darauf, daß durch den eingelegten Weisungsschein dargethan sei, daß die Dauer seiner Gültigkeit von 90 Tagen noch nicht abgelaufen sei und daß auch die Vorladungen an den Beklagten rechtzeitig und in vorgeschriebener Form stattgefunden haben. B. Ueber diesen Beschluß beschwerte sich Ochsner unterm

17 August v. J. beim Bundesgerichte und stellte das Begehren, es möchte erkannt werden: 1. Das Bezirksgericht Einsiedeln, resp. die schwyzerischen Gerichte seien nicht zuständig zur Beurtheilung der Forderungsklage der Genossame Euthal, und 2. sei die besagte Genossame angehalten, ihre daherige Forderungsklage vor dem Richter seines Wohnortes, also vor den st. gallischen Gerichten, anhängig zu machen. Zur Begründung dieser Begehren berief sich Rekurrent darauf, daß er aufrechtstehender Schweizerbürger und in Waldkirch, Kanton St. Gallen, niedergelassen sei und daß es sich um eine persönliche Ansprache handle, für welche er daher gemäß Art. 59 der Bundesverfassung nur vor dem Richter seines Wohnortes im Kanton St. Gallen gesucht werden könne. C. Die Rekursbeklagte stützte ihr Gesuch um Abweisung des Rekurses darauf, daß ein Schuldner, gegen welchen bei dem Gerichtsstand seines Wohnortes ein Prozeß anhängig gemacht und dazu noch die Schuldbetreibung angehoben worden sei, während der Litispendenz sich nicht durch Entfernung resp. Flucht dem zuständigen Gerichtsstand entziehen und das ganze bisherige Verfahren illusorisch machen könne, und daß nun am Gerichtstage den 28. Juni der Weisungsschein noch nicht abgelaufen, der Prozeß somit noch pendent gewesen sei, habe das Bezirksgericht Einsiedeln mit Recht erklärt. Denn nach Art. 111

der schwyzerischen Verordnung über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten dürfe der Rechtsstillstand zu Ostern und Weihnachten bei Berechnung von Nothfristen und gerichtlichen Fristen nicht in Anschlag gebracht werden, der Rechtsstillstand zu Ostern betrage aber 14 Tage, so daß vom 17. März bis 28. Juni 1876, abzüglich jener 14 Tage, nur 89 Tagen verflossen seien. Ebenso sei damals die angehobene Betreibung trotz des Rechtsvorschlages noch in voller Kraft gewesen, indem nach Art. 38 der schwyzerischen Schuldbetreibung die Pfändung 180 Tage dauere; wenn aber Recht vorgeschlagen werde, so müsse die Klage innerhalb 90 Tagen von der Anzeige des Rechtsvorschlages an gerechnet an das zuständige Gericht gebracht werden, und nun liegen zwischen dem 10./11. April und 28. Juni 1876 nicht 90 Tage. Uebrigens sei die vorliegende Beschwerde nach Analogie des Art. 30 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege verspätet. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. Es handelt sich im vorliegenden Falle um einen staatsrechtlichen Rekurs und kommt somit, was die Rekursfrist betrifft, nicht der Art. 30 sondern der Art. 59 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege zur Anwendung, wonach solche Beschwerden innerhalb sechzig Tagen, von der Eröffnung der angefochtenen Verfügung an gerechnet, beim Bundesgerichte einzureichen sind. Diese Frist ist nun im vorliegenden Falle nicht abgelaufen und daher die Einrede der Verspätung des Rekurses unbegründet. 2. In der Hauptsache ist unbestritten, daß Rekurrent aufrechtstehend ist, zur Zeit in Waldkirch, Kanton St. Gallen, einen festen Wohnsitz hat und daß die Ansprache, welche die Genossame Euthal gegen ihn geltend macht, eine persönliche ist. Gemäß Art. 59 der Bundesverfassung darf er daher für dieselbe allerdings nur vor dem Richter seines Wohnortes gesucht werden. Allein diese Verfassungsbestimmung garantiert nicht den Gerichtsstand des jeweiligen Wohnortes eines Schuldners, so daß letzterer während der Pendenz eines Prozesses durch Aufgeben des Domicils den Gerichtsstand beliebig verändern könnte, sondern sie will selbstverständlich den Schuldner nur bei dem Richter desjenigen Wohnortes schützen, welchen derselbe zur Zeit der Anhängigmachung der Klage innegehabt hat, indem nach einem allgemeinen, insbesondere auch in der bundesrechtlichen Praxis anerkannten, Grundsatz des Civilprozeßrechts die Zuständigkeit eines Gerichts durch die Anhängigmachung des Streites begründet wird, und die nachträgliche Veränderung des Kompetenzgrundes, wie also namentlich der Wechsel des Wohnsitzes, auf dieselbe keinen Einfluß üben kann. Es hängt daher das Schicksal der vorliegenden Beschwerde davon ab, ob die Genossame Euthal zu der Zeit, als Rekurrent noch seinen Wohnsitz in Einsiedeln hatte, den Forderungsstreit in gehöriger Form gegen denselben gerichtlich anhängig gemacht habe,— und diese Frage muß nun bejaht werden. 3. Rekurrent behauptet nämlich selbst nicht, daß er vor dem

20. April 1876 seinen Wohnsitz in Einsiedeln aufgegeben und nach Waldkirch verlegt habe; übrigens geht das Gegentheil auch aus dem Weisungsschein vom 3. April und dem Pfandschein vom 10. April v. J. hervor. Nun ist aber nach Art. 89 der schwyzerischen C. P. O. (in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der st. gallischen C. P. O.) ein bürgerlicher Rechtsstreit als anhängig zu betrachten, wenn die Rechtsfrage dem zuständigen Vermittler eingegeben und von diesem dem Beklagten die gesetzliche Vorladung angelegt ist, und es erlischt die Streithängigkeit nur, wenn innert der Nothfrist von neunzig Tagen, von Abhaltung des Vermittlungsvorstandes an gerechnet, von dem ausgestellten Weisungsschein kein gerichtlicher Gebrauch gemacht wird. Bei Berechnung dieser Nothfrist dürfen aber nach Art. 111 ibidem die Rechtsstillstände bei Weihnachten und Ostern, welche gemäß Art. 33 je vierzehn Tage dauern, nicht in Anschlag gebracht werden, und da nun in die Zeit zwischen dem 17. März, an welchem Tage der Vermittlungsvorstand

stattgefunden hat, und dem 22. Juni 1876, da spätestens der Weisungsschein dem Bezirksgerichtspräsidium Einsiedeln eingereicht worden ist, der Osterrechtsstillstand fällt, so ist im vorliegenden Falle die 90 tägige Nothfrist erst am 29. Juni v. J., also am Tage nach der bezirksgerichtlichen Verhandlung, abgelaufen. 4. Auf die Frage, ob die Zuständigkeit der schwyzerischen Gerichte auch auf den angehobenen Rechtsstreit gestützt werden könnte, ist nicht mehr einzutreten, da die Beschwerde schon aus den oben angeführten Gründen verworfen werden muß. Demnach hat das Bundesgericht erkannt: Die Beschwerde ist als unbegründet abgewiesen.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.